

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

9.6.1921 (No. 131)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Zentralkasse:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Karlstr. 14  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptgeschäft-  
leiter:  
C. Frensd.  
Druck-  
und Verlag:  
S. Brunsche  
Göppel  
Druckerei, Heide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 15.40 M. — Einzelnummer 25 P. — Bezugspreis für die Post gebührenfrei: die Post gebührenfrei. Preis und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauscht der Abnehmer, der als Abnehmer bestellt, die Zeitungsnummer nach. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Beschädigung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Die Verantwortlichkeit für die Besorgung der Zeitungen wird nicht übernommen. Unverlangte Zuschriften werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Rücksicht auf irgendwelche Besorgungen genommen.

### Amtlicher Teil.

#### Bargeldlose Zahlung der Besoldungsbezüge der Beamten.

Durch das Entgegenkommen der Banken und Sparkassen hat sich eine wesentliche Verbesserung des Verfahrens bei der bargeldlosen Zahlung der Besoldungsbezüge erreichen lassen. Nach einer Anordnung des Finanzministeriums wird die Landesbank künftig bei jeder Überweisung von Besoldungsbezügen (einschließlich Ruhe- und Versorgungsgebühren) auf eine Bank oder Sparkasse dem Zahlungsempfänger eine besondere Mitteilung über den Betrag der Zahlung und der einzelnen Abzüge durch Vermittlung der Bankanstalt zugehen lassen. Die Bankanstalt wird die Benachrichtigung ihrem Kontoinhaber in derselben Weise übersenden, wie ihre eigenen Geschäftsanzeigen (Kontoauszüge ufm.).

Mit dieser Maßnahme dürfen die in dieser Richtung vielfach geäußerten Wünsche der Beamten wohl als erfüllt angesehen werden. Vielleicht trägt die Anordnung auch dazu bei, die Beamten, die dem Überweisungsverkehr noch ablehnend gegenüberstehen, zu bewegen, zur bargeldlosen Zahlungsweise überzugehen. Im Interesse unserer Volkswirtschaft wäre dies jedenfalls sehr zu begrüßen.

#### Entschädigung durch den Gemischten Schiedsgerichtshof.

Nach Artikel 296b des Vertrags von Versailles kann denjenigen Vertragsparteien, denen durch die Ausführung von aufrechterhaltenen Verträgen infolge veränderter Verhältnisse ein erheblicher Nachteil entstanden ist, von dem in Artikel 304 des Friedensvertrages vorgesehenen Gemischten Schiedsgerichtshof eine angemessene Entschädigung zu gewährt werden.

Die in der Prozedur des deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshofs für die Einreichung dieser Klagen geltende Frist ist neuerdings bis zum 15. Juli 1921 verlängert worden. Desgleichen hat der deutsch-belgische Gemischte Schiedsgerichtshof die in seiner Prozedur vorgesehene Frist für die Einreichung dieser Klagen bis zum 31. Dezbr. 1921 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung dieser Fristen ist nicht zu rechnen.

#### Gegen die deutschnationalen Angriffe auf Dr. Wirth.

Am Samstag, den 4. Juni besuchte sich Reichsgerichtsrat Bursage namens der Zentrumsfraktion im Reichstag mit den Angriffen der Deutschnationalen auf den Reichskanzler Dr. Wirth und führte wörtlich folgendes aus:

Meine Damen und Herren! Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen, doch ich übernehme die Verantwortung für einen besonderen Antrag, den ich gleich darlegen werde. Weil ich so kurz spreche, werde ich wohl um so weniger Gelegenheit haben, Ihre Aufmerksamkeit einzufangen. (Sehr gut bei der D. B.) Was jetzt an der Tagesordnung sein soll. (Sehr gut bei der D. B.) Der Herr Abg. Götze hat einen Antrag gestellt, der zutreffend ist — es ist ja nicht alles zutreffend, was er gesagt hat, (Sehr richtig!) und Gerechtigkeit aber diesen Antrag kann ich zustimmen. Er sagte, es handle sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Das haben wir gerade am 10. Mai empfunden, als wir uns darüber schuldig machten, ob wir zum Ultimatum ja sagen sollten oder es ablehnen sollten. Nun möchte ich doch einmal den Herren namentlich der deutschnationalen Fraktion, die einmütig, ohne daß sie ein Mitglied gehabt hätte, das einen andern Gedanken gefolgt wäre, mit Nein gestimmt haben, zu erwägen geben, ob sie nicht Verständnis dafür gewinnen können, was denn nun geschehen wäre, in welcher Lage wir uns jetzt befinden würden, wenn der ganze Reichstag oder eine große Mehrheit damals mit Nein gestimmt hätte. (Sehr gut im Zentrum und bei den Demokraten.) Das muß, abgesehen davon, daß es schon einmal gesagt worden ist, noch einmal gesagt werden. Man muß das zweimal, dreimal sagen. (Abg. Dr. Becker (Hessen): Es wird dadurch nicht wahr! Das wird sich finden, Herr Kollege Becker. Es wäre doch — darüber sind wir doch alle einer Meinung — der Einarbeit in das Ruhrgebiet erfolgt. Und was dann? Haben Sie denn nicht gehört, daß bedeutende Wirtschaftskennner gesagt haben, die Franzosen würden, wenn sie sich dort in unser Wirtschaftslieben eingemischt haben, es fertig bringen können, mit dem krassesten Zwang drei Gebirgsstädte, indem sie Abgaben auf Eisen, Eisenprodukte und auf Kohlen legen, aus dem andern unbefestigten Deutschland herauszusprengen? Ist etwa eine solche Sprengung mit den brutalsten Mitteln besser, als wenn wir jetzt versuchen, durch freiwillige Arbeit aus unserer Wirtschaft das herauszuarbeiten? Das ist die Frage, und sie wird gar nicht genügend überlegt. Und dann drohte der weitere Vorrat, wenn das alles nicht gelöst werden könnte, bis zur Höhe. Dann wäre unsere ganze Verwaltung im Deutschen Reich zerfallen gewesen, und ich hätte einmal sehen wollen, wie dieses deutsche Reich dann überhaupt noch hätte zusammengehalten werden könnte.)

Und dann Oberstleuten. Man sollte doch darüber nur einer Meinung sein. Oberstleuten wäre doch jetzt schon glatt

verloren, wenn wir nein gesagt hätten. Der Herr Abg. von Götze, der sich nach so schweren reduzierenden Anstrengungen meistens auszurufen pflegt, und der ich deswegen zu meinem Bedauern nicht hier sehe, meinte, die Regierung hätte fast unerschütterliche Festigkeit gegenüber Oberstleuten bewiesen. Ja, ich muß sagen, die Deutschnationalen haben eine unerschütterliche Festigkeit gegenüber Oberstleuten bewiesen, indem sie immer dafür waren, die Reichswehr sollte eingezogen, es solle mit Macht in Oberschlesien eingegriffen werden, obgleich uns gesagt wurde, das bedeute einen Casus Belli. Wenn Oberstleuten jetzt auch nicht verloren ist, und wenn wir sogar die Hoffnung haben, es ganz zu retten, kann ich das nur der Annahme des Ultimatums zu verdanken. (Sehr wohl bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich wende mich nunmehr an die äußerste Rechte: Was nicht es, wenn Sie immer geneigt sind, und predigen man müsse mit der Faust gegen die Wauer schlagen? Davon kann die Faust nur blutig werden. Erreicht wird dadurch nichts. Einen Krieg können wir nicht führen. Das sollten Sie endlich einsehen. (Sehr richtig bei den Regierungsparteien.)

Und dann hat der Herr Kollege von Götze in seiner parlamentarischen Weise darüber gesprochen, wie denn nun der Reichskanzler und die neue Regierung sich zu den in den Deutschen Tageszeitungen veröffentlichten Plänen des Reichswirtschaftsministeriums stelle. Darauf kann man doch nur eine Antwort geben. Wir wollen die einzelnen bestimmten Vorklagen der neuen Regierung abwarten und dann wollen wir dazu Stellung nehmen. Und die Regierung ist nicht zu tadeln, wenn sie handelt klar und angemessen, wenn sie jetzt nicht diesen oder jenen Punkt hier herausgreift und verhandelt (Sehr richtig im Zentrum), sondern in dem sie sich jetzt läßt und demnach mit einem wohlüberlegten Plan vor uns tritt. Dann ist es Zeit, Stellung zu nehmen, und dann wollen wir sehen, ob sie auf der äußersten Rechten den Mut haben werden, dem Volke die Karten aufzuliegen, die nun einmal aufgelegt werden müssen, soll das Vaterland gerettet werden.

Herr von Götze hat gesagt, es sei die Forderung des ganzen deutschen Volkes, Aufklärung über die Denkung unserer Verfassungen zu erlangen. Ja gewiß, das muß man verlangen, aber im gegenwärtigen Augenblick ist die Zeit dazu nicht gekommen. Wir müssen uns eine Woche oder vierzehn Tage gedulden, um dann die Vorklagen vor uns zu sehen, und zu einer Würdigung heranzutreten zu können.

Nun komme ich zu dem, was mir eigentlich den Anlaß gegeben hat, hierherzukommen. Der Herr Abg. von Götze hat auch betont, wir müßten einig sein. Er hat dann gesagt, wir müßten Verfassungskritik betreiben und sich schließlich zu dem Ausdruck verständigen: Wir von der Deutschnationalen Partei haben die Geschwulstigkeiten persönlicher Kampfesart. Wir bekämpfen nicht Persönlichkeiten, sondern das System. So, wollte Götze, das wäre wahr. Aber wie haben Sie (nach rechts) damals schon in den Wahlen, als es sich um die Annahme oder Ablehnung des Ultimatums handelte, Ihre eigene Presse sprechen lassen, ohne daß Sie irgendwie heumächtig eingegriffen haben! Ihre Presse hat damals gesagt, die Parteimitglieder sollten sich wieder an der Arbeit, die seien zuletzt oben geschrieben in der „Deutschen Tageszeitung“ hand zu lesen: „Herr Wirth hat das zweite Versailles zu vollziehen. Wir würden nicht — so schreibt das Blatt — weissen Name würdiger wäre, unter diesem Dokument zu stehen, als der des alten Erzberger.“ Wenn Sie gar nichts mehr zu sagen wissen, rufen Sie nur „Erzberger“ (Sehr richtig im Zentrum) und meinen alle Fragen seien nun gelöst. (Sehr richtig im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der „Reichsbote“ schrieb, die „Reichsfrönde“ hätten wieder untergeschrieben. Den Gipfel von allem erkennt aber ein deutschnationales süddeutsches Blatt, nämlich die „Südd. Ztg.“ (Zurufe vom Zentrum.) Was hier steht, muß ich einmal betonen, um Sie zu fragen, ob Sie solche verführerischen Anspielungen ernstlich billigen. (Zurufe von den Demokraten.) Nein, bei der äußersten Rechten, der Herr Kollege, sind keine Parteipresse einzuschmeißen; die sind, was uns anlangt, schon längst eingeschmiffen worden! In dem Blatt wird die Rede des Reichskanzlers behandelt, und dabei heißt es:

„So aber hat man bei vielen, die so große Worte wie das Reich und seine Einheit im Munde führen, das heimliche Gefühl, als versuchten sie das Reich nur darum zusammenzuhalten, um ihre fetten Pflichten (Götze, Götze bei den Sozialdemokraten) und schönen Posten (Pfaff im Zentrum), die sie ohne Verdienst und Würdigkeit als Kuchhaber der Revolution besitzen, nicht verlieren zu müssen (Wiederholte Zurufe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten), als wäre es ihnen beim Anziehen der Steuerschraube und bei ihren Diensten als Mittel der Feinde nur darum zu tun, zunächst den eigenen Bedarf zu sichern und eigene Wünsche zu befriedigen. (Andauernde Zurufe.)“

Das schreibt ein Richter aus Ihrer Partei und solche Dinge lassen Sie in die Welt gehen, ohne ein Wort des Tadels zu finden. (Es handelt sich um den Artikel des Herrn Oberamtsrichters Weber-Pfaffheim. D. Schr.) Ich weiß, daß Sie auch heute wieder... Aber das will ich Ihnen denn doch sagen: solche Artikel — und man kann ähnliche Artikel häufen — sind schamlos und erbärmlich. (Lebhaftige Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Namentlich deswegen, um Ihnen dies feierlich hier zu erklären, bin ich heute hierher getreten. Wer so arbeitet, der arbeitet wie ein Reichsfeind (Sehr richtig im Zentrum) und vernebelt das Auge unseres Volkes, indem er die Fingertaste für und schreit. Und nun antworten Sie, wenn Sie es können. (Lebhaftiger Beifall im Zentrum.)

### Politische Neuigkeiten.

#### Eine Rede des Reichskanzlers im Reichsrat.

Der Reichswirtschaftsrat trat gestern unter dem Vorsitz von Adolf Cohn zu einer Plenarsitzung zusammen. Von Eintritt in die Tagesordnung nahm Reichskanzler Dr. Wirth das Wort. Er führte aus:

Seit Ihrem letzten Zusammensein sind Ereignisse von großer Tragweite in das Buch der Geschichte eingetragen worden. Es ist nicht nötig, Ihnen heute wie im Reichstag in programmatischer Rede die Lage auseinanderzusetzen. Sie ist durch unser Jambot erklärt. Angeklagt ist die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum erwachsen. Es ist nicht allein die Frage, wie wir das Ultimatum erfüllen wollen, die einzige, die uns angeht, sondern auch die Frage Oberschlesiens, des Landes unserer Brüder, das in schwerster Not ist. Wir haben in unserer auswärtigen Politik, auch was die ober-schlesische Frage angeht, dem Gedanken Rechnung getragen, der um Keiffem unserer Politik ist. Auch in der ober-schlesischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu stellen, ohne daß die Massen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben und ohne daß ein allgemeiner Wirrwarr in Europa entsteht. Unser Recht, daß die ober-schlesische Frage auf dem Boden des Rechts gestellt werden muß, ist im Friedensvertrag von Versailles vorgezeichnet — und das ist eines der wenigen und verlässlichen Rechte. Denn man sucht vergebens nach vielen Rechten für das deutsche Volk im Friedensvertrag. Aber von diesem Recht, daß die ober-schlesische Frage nicht durch Diktatur entschieden werden darf, dürfen wir niemals ablassen (Lebhafter Beifall). Nun handelt es sich darum, daß wir in der ober-schlesischen Frage nicht die Neben verlieren. Es können da und dort Störungen eintreten und sind eingetreten. Gewiß bedauern wir es am meisten, wenn da und dort, wo die Leute mit den Massen einander gegenüberstehen, irgend eine aggressive Handlung erfolgt. Aber darüber ist sich die Welt klar, daß das deutsche Volk in Oberschlesien und der Selbstschutz eine Engelsgebild am Tag gelegt haben, die die Welt selbst schwer verstehen kann. (Sehr richtig!) Diese Gebild machen wir ihm auch fernher zu Pflicht, daß es ausbleibt, bis durch einen Schiedspruch der alliierten Mächte die Frage gelöst ist. Sie kann nur gelöst werden unter gerechter Würdigung des ober-schlesischen Plebiszits. Das ist der Ausdruck des demokratischen Lebens, und ich wüßte nicht, wie die Mächte, die sich selbst zur Demokratie bekennen, an dem offenen Bekenntnis des ober-schlesischen Volkes, das sich mit großer Mehrheit für Deutschland entschieden hat, vorbeigehen könnten. (Sehr richtig!) Das wird der Prüfstein sein für die demokratische Entwicklung Europas, ob das Recht des ober-schlesischen Volkes Gehör findet. Es muß dieses Gehör finden. Ich bitte Sie, Ihrerseits in den Ihnen nahestehenden Kreisen dazu beitragen zu wollen, daß wir uns stützen auf das Recht und auf die großen Opfer, die unsere ober-schlesischen Brüder gebracht haben.

Damit habe ich die erste Gelegenheit benützt, wo Sie zusammengekommen sind, um mich in Ihrer Mitte vorzustellen und um Sie zu bitten, Ihre Mitarbeit an der großen Frage der Erfüllung des Ultimatums zu gewähren. Die jetzige Regierung will erfüllen, was in Menschenkenntnis steht. Wir wissen, daß akademische Erörterungen, daß Verdächtigungen, mögen sie noch so ausgezeichnet ausgearbeitet sein, die Welt nicht belehren können. Allein das Leistungsprinzip, allein die Handlungen, die wir zur Erfüllung des Ultimatums nicht in letzter Stunde, mindestens in vorletzter Stunde bereits getätigt haben und noch tätigen wollen, sollen die Welt von dem guten Willen des deutschen Volkes überzeugen, alles aufzubieten, was in Menschenkenntnis liegt. Dazu brauche ich Ihre Mitarbeit. In den nächsten Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob der Reichswirtschaftsrat im deutschen Volk eine große Bedeutung bekommt oder nicht. Ich werde jederzeit in den großen Fragen, die es zu lösen gilt, Gelegenheit nehmen, in den Ausschüssen — dort liegt ja der Schwerpunkt Ihrer Arbeit — mit Ihnen die nötigen Maßnahmen zu beraten (Beifall). Es handelt sich insbesondere um die Ausfuhrfrage, um den Indez, der darin schon verborgen liegt, um die Einführung eines neuen Indez. Davon hat sich die Welt wohl heute schon überzeugt, daß die Form, in der die Prozentige Ausfuhrabgabe getätigt werden soll, nicht Rücksicht nimmt auf die Quaphade, auf die es ankommt: auf die Belastung der deutschen Wirtschaft. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sind auch Schwierigkeiten für die europäische und die gesamte Weltwirtschaft, und wenn man nicht weltwirtschaftlich denkt in Fragen der Reparation, wird die Welt niemals einer neuen Wohlfahrt entgegengeführt werden können. Wenn Sie also mit uns in den Ausschüssen ernste Beratungen führen über die Ausfuhrabgabe, über die Einführung eines neuen Indez, arbeiten Sie nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die ganze Welt und für das unglückliche Europa insbesondere. Der Schwerpunkt liegt jetzt in den Einzelaufgaben. Wir müssen unsere Leistungen vollbringen für Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Das ist die gigantische Aufgabe, die die Welt je gesehen hat. Ich erinnere mich noch aus den Tagen der Nationalversammlung, als damals die ersten Probleme der finanziellen Gesetzgebung erörtert wurden, wie pessimistisch damals alles beurteilt worden ist. Schauen Sie heute die Steuereinnahmen der letzten Monate an. Mag man auch über die Steuergesetzgebung denken wie man will, niemand hätte damals geglaubt, daß wir in einer so verhältnismäßig kurzen Zeit des Veranlagungsgeschäftes alles in allem weit über 40 Milliarden Mark im Jahre 1920 vereinnahmen könnten. Wenn man dem Hoffe

missus freien Lauf lassen wollte, brauchte man überhaupt keine Politik zu machen. Politik ist der Weg des Optimismus, der Weg des Nutes, der die Dinge angreift. Politiker, die nicht diese Politik machen, verschwinden vom Schauplatz und andere werden an ihre Stelle treten, aber auch diese nicht mit hängenden Köpfen und hängenden Ohren, sondern um die Dinge zu meistern.

Die Zucker- und Saffransteuer ist beim Reichstage; die Branntweinvorlage ist bereits in den Ausschüssen des Reichstages durchberaten und wird dem Reichstage schon in der nächsten Woche zugehen. Die Kapitalverkehrssteuer ist im Finanzministerium fertig, und dieses wird Ihnen die Vorlage in den nächsten Tagen zur Beurteilung vorlegen. Die Getränkesteuer ist gleichfalls vorberaten. Daselbe ist der Fall mit der Umsatzsteuer, die auch in wenigen Tagen in der Beratung soweit fortgeschritten sein wird, daß mit Ihren Ausschüssen Fühlung genommen werden kann. In dieser letzten Frage liegt ein außerordentlich großes Problem, das sich mit der Frage berührt, inwieweit die Ausfuhrabgabe mit dem inneren Umsatz in Verbindung gebracht werden kann. Manche von Ihnen werden sagen: das genügt ja doch alles nicht! Wenn ich mir aber die günstigste Ausgestaltung der in Vorbereitung befindlichen Gesetzesentwürfe vorstelle, werden wir dem Reich einen sehr großen Teil neuer Einnahmen zuführen können.

Dann allerdings werden neue Probleme aufstehen im Zusammenhang mit der Kohle und wie weit das Reich genötigt sein wird, die Frage der Goldwerte zu diskutieren. Bekommen Sie nicht gleich rote Köpfe! Ich persönlich werde mich freihalten von jedem Experiment, das von vornherein den Charakter des Experiments an der Stirn trägt. (Beifall.) Aber wenn unsere Politik von Erfolg sein soll — und sie war nicht ganz ohne Erfolg, denn die internationale Entspannung der Welt ist groß gewesen — dann müssen wir diese Entspannung aufrecht erhalten und pfleglich behandeln, damit neuer Zündstoff nicht entstehen kann. (Sehr richtig!) Das Problem der Leistung muß von allen Seiten her in Angriff genommen werden. Ohne Opfer wird es nicht gehen. Alle Kreise des Volkes müssen sich darüber klar sein, daß ohne Opfer ein Weg zur Freiheit für das deutsche Volk nicht gefunden werden kann. Nicht der Gedanke der Schlachtfelder und neuer Kämpfe weist der deutschen Regierung Ziel und Weg — nur durch Arbeit, durch Produktion allein kann die Freiheit des Vaterlandes wieder gewonnen werden. In diesem Gedanken bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und tatkräftige Mitarbeit. (Lebhafte Beifall.)

Nach der Rede der Reichskanzlers hat Direktor Krämer (Arbeitsbergergruppe), von einer Erörterung der Gesamtlage Abstand zu nehmen, und schlug vor, daß die Hauptausschüsse des Reichswirtschaftsrates in einer gemeinsamen geschlossenen Sitzung Donnerstag, 8 Uhr, Mitteilungen der Regierung über die Einzelheiten des Reparationsprogramms entgegennehmen. Der Reichswirtschaftsrat habe den Schwerpunkt seiner Arbeit in die Ausschüsse verlegt, weil er so sachlichere Arbeit leisten könne. Er sei zur Mitarbeit verpflichtet. Dabei müsse ihn aber auch die Regierung unterstützen, nicht nur der Reichskanzler, sondern auch die anderen Behörden. (Sehr richtig!) — Der Vorschlag selbst wurde angenommen. Daruf trat das Haus in die Tagesordnung ein.

### Der Reichskanzler über die politische Lage.

Reichskanzler Dr. Wirth gewährte dem Berliner Korrespondenten des „Matin“, Paul Geny, eine Unterredung, die die „Kölnische Zeitung“ jetzt veröffentlicht. Im Verlaufe dieser Unterredung gab der Korrespondent dem Kanzler die Versicherung, daß seit der Übernahme der Regierung durch Herrn Dr. Wirth eine glückliche Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten sei. Die öffentliche Meinung in Frankreich glaube an die Aufrichtigkeit der Absichten des Kanzlers und an seinen festen Willen, die Bedingungen des Ultimatums anzunehmen. Sie sehe in ihm den Mann der Tat, der sich nicht mehr auf endlose Auseinandersetzungen einlassen wolle. Der Korrespondent fragte den Reichskanzler, ob er Grund zu der Annahme habe, daß diese Entspannung anhalten werde.

In seiner Erwiderung darauf sprach Dr. Wirth von der Konferenz von Spa, bei der er als Verhandlungsteilnehmer habe feststellen können, bis zu welchem Grade die Verhandlungsumgebung von Misstrauen geschwängert war. Wenn er damals die Leitung der deutschen Politik in der Hand gehabt

hätte, so hätte er der Entente eine sehr große Reparationssumme angeboten. Der politische Horizont hätte sich dann ein Jahr früher geläutert und wir hätten so kostbare Zeit gewonnen. Seit Spa verzögerten sich die Beziehungen der beiden Länder immer mehr. Frankreich befürchte, daß die Revancheparteien wieder ans Ruder kommen würden, und daß das kaiserliche Regime wieder hergestellt würde, während das Bürgerum in Deutschland, das sich eine übertriebene Vorstellung von der bolschewistischen Gefahr machte, gegen die Entente aufgebracht sei, deren Entwaflnungspolitik es widerstandlos zum Spielball der radikalen Elemente machen würde. Unter derart ungünstigen psychologischen Bedingungen wurde die Londoner Konferenz eröffnet.

Der Kanzler, der dann bedauerte, daß auch auf der Londoner Konferenz die Besprechungen zum zweiten Male gescheitert seien, erklärte, daß nur Taten, die berechtigt seien als Worte, der ganzen Welt unseren guten Willen beweisen könnten. Unterstützt von der großen Mehrheit des gesamten deutschen Volkes, werde die Regierung die Bedingungen des Ultimatums ausführen. Die Regierung werde sich darauf beschränken, die angemäßigsten Methoden zu suchen, um die Wiedergutmachung in ihrem ganzen Umfange auszuführen. Insbesondere werde er Sorge dafür tragen, daß die im Ultimatum festgesetzten Fristen genau eingehalten werden. Der Kanzler habe bei verschiedenen Behörden angeordnet, daß sie nicht den letzten Augenblick abwarten, um die ihnen zufallenden Spezialaufgaben bei dem großen Reparationswert auszuführen. Auch gegenüber Bayern verfolge er dieselbe Politik.

Der Korrespondent erwiderte dem Kanzler, daß man in Frankreich nicht glauben wolle, daß Bayern die Entwaflnung ohne Hintergedanken angenommen habe und man nehme an, daß insbesondere Escherich sich schwerlich dazu entschließen werde, mit eigener Hand das Werk zu zerstören, auf das er so stolz sei. „Die Berichte, die ich soeben erhalten, lassen mich die Lage in Bayern sehr günstig beurteilen“, antwortete der Kanzler sehr lebhaft. „Ich kenne Escherich, man mißversteht seine Absichten, er wünscht dem ganzen Herzen die deutsche Einheit und um seiner Einheit willen wird er vor den schwersten Opfern nicht zurückweichen.“ Auf den Hinweis des französischen Journalisten, daß es auffallen müsse, daß Bayern, obwohl es sich der Entwaflnung unterwerfe, mit so zäher Hartnäckigkeit gegen die Auflösung seiner Einwohnerwehren kämpfe, erwiderte der Kanzler, er sei überzeugt, daß es in Bayern keine geheimen Waffenlager gebe. In einigen Tagen würden die Einwohnerwehren ihre schweren Waffen, Maschinengewehre, Kanonen und Minenwerfer, in den Depots, wo sie zerlegt werden, abgeliefert haben. Gewiß würden bei der Ablieferung der Handfeuerwaffen mehr Schwierigkeiten entstehen, insofern sei er sicher, daß die Entwaflnung der Einwohnerwehr Ende Juni zum größten Teil durchgeführt sein werde. „Ich sage, zum größten Teil“, meinte der Kanzler, „denn wie könnte man die bayrischen Bauern daran hindern, ihre Flinten zu behalten? Wie sollte man auch eine Durchführung jedes einzelnen Bauernhauses bewerkstelligen können?“

„Frankreich hat noch andere Gründe zur Veranlassung“, meinte der Korrespondent. „Was denken Sie von der Haltung des Generals Höfer in Oberschlesien?“ fragte er den Kanzler. „Vergessen Sie nicht“, erwiderte Dr. Wirth, ohne auf die Frage direkt einzugehen, „daß General Höfer Oberschlesien ist. Er verteidigt seine Landsleute, die von den polnischen Aufständischen bedroht werden. Er ist sowohl ein guter Soldat wie ein verführlicher Mensch. Ich erwarte zuversichtlich, daß die Interalliierte Kommission in Opatow mit ihm ein Abkommen trifft. Wir besitzen zwar keine direkte Autorität über General Höfer und seine Truppen, ich werde aber mein Möglichstes tun, um eine Verständigung zwischen den beiden Parteien zustandzubringen. Der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien kann man die Anerkennung nicht verweigern, daß sie, von der Hoffnung getragen, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben wird, eine wahrhaft himmlische Geduld an den Tag gelegt hat. Aber ich glaube Ihnen nicht verschweigen“ zu verdrängen der Kanzler dem Korrespondenten, „daß die letzten Berichte, die ich aus Oberschlesien erhalten habe, mich sehr stark beunruhigen. Meine ober-schlesischen Landsleute glauben nicht mehr an die Gerechtigkeit und das gibt eine äußerst gefährliche Stimmung. Es ist aber die höchste Zeit, daß die Interalliierte Kommission daran geht, die Rechte und das Leben der deutschen Bevölkerung zu schützen, sonst droht in Oberschlesien der Bürgerkrieg! Man kann niemanden zwingen, seine Rechte dem Messer des Mörders darzubieten!“

Der Korrespondent sprach dann davon, daß die äußerste Rechte der Regierung Dr. Wirth keine lange Dauer prophegeie.

Der Kanzler meinte, trotz der Opposition der Deutschnationalen werde seine Regierung eine Krisis zu vermeiden wissen und Präsident Ebert werde nicht gezwungen sein, den Reichstag aufzulösen. Die Deutsche Volkspartei treibe keine grundsätzliche Opposition gegenüber der Regierung. Noch vor Weihnachten werde das erste Drittel des Reichsbudgets einkassiert werden, 10 bis 12 Milliarden Papiermark, größtenteils Kriegsanleihe. Die direkten Steuern sollen nur die notwendigen Quellen zur Durchführung der Reparationsleistungen erschließen. Der Grundgedanke meiner Politik“, schloß der Kanzler, „ist die Durchführung der Bedingungen des Ultimatums. Dabei weise ich die Hilfe keiner Partei zurück, ich wünsche, daß alle Gruppen mit der Regierung Hand in Hand arbeiten. Ich habe die begründete Hoffnung, daß der demokratische Gedanke im deutschen Volke Fortschritte machen wird. Wenn sich Saboteure bei der Durchführung der Wiedergutmachung finden sollten, so wird das deutsche Volk sie zur Vernunft zu bringen wissen. Eine demokratische Regierung würde durch die Aufhebung der Sanktionen in den drei Rheinstädten eine außerordentliche Stärkung erfahren.“

Gegenüber dem Berichterstatter der „Daily News“ über die ober-schlesische Frage erklärte der Reichskanzler, es sei gewiss, die Tatsache zu verheimlichen, daß das gesamte deutsche Volk sehr enttäuscht sei. Das deutsche Volk habe erwartet, daß die interalliierten Truppen in Oberschlesien die Sache der Gerechtigkeit vertreten würden. Es sehe jedoch, daß bisher kein Bericht gemacht worden sei, um die Polen zu zwingen, die Autorität der Interalliierten Kommission anzuerkennen. Eine klare Politik der Alliierten sei in Oberschlesien notwendig. Dr. Wirth sagte ferner, die deutsche Regierung tue auch weiterhin ihr Bestes, um die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Es sei jedoch äußerst schwierig, das Volk, das bitter enttäuscht sei, zurückzuführen. Trotz aller Enttäuschungen wolle die Regierung jedoch mit ihrer Politik der Mäßigkeit in Oberschlesien fortfahren, und sie hoffe, daß das Versprechen Englands, Deutschlands fair play zu geben, nicht gebrochen werde. Dr. Wirth erklärte außerdem, die deutsche Regierung beabsichtige, unterstützt von der übermächtigen Mehrheit des deutschen Volkes, ihre den Alliierten gegebenen Versprechungen zu halten, bevor die festgesetzte Zeitpanne abgelaufen sei.

### Zur Regierungsbildung in Preußen.

Im preussischen Landtag erklärte Ministerpräsident Siegel am Dienstag mit Bezug auf eine Äußerung Heilmanns u. a. folgendes zur Frage der Regierungsbildung:

Das Ergebnis meiner Besprechung mit den Herren Weis, Stiering und Krüger über die Regierungsbildung hat Herr Weismann falsch wiedergegeben.

Ich sage den Herren, eine Neubildung der preussischen Regierung ginge nicht von heute auf morgen, weil noch einige Voraussetzungen zu erfüllen seien. Zunächst müßten einige Differenzen ausgeglichen werden, die sich zwischen führenden Persönlichkeiten des Zentrums und der Sozialisten herausgebildet haben. Stiering antwortete mir, das könne später gemacht werden, es könnten ja zunächst andere Herren sein; ich aber sagte, das führt zu nichts. Zweitens müßten sich die Parteien über den Ministerpräsidenten einigen, der die Aufgabe habe, die staatspolitischen Belange geben den parteipolitischen Strömungen zur Geltung zu bringen. Ich sagte auch, es stehe gar nicht fest, ob ich künftig noch Ministerpräsident sei und eine aktive Rolle bei der künftigen Regierungsbildung spielen würde. Was ich jetzt sagte, würden die Herren am Nachmittag des 11. Mai in den Zeitungen finden. Darin war auch gesagt, die Neubildung würde kurz nach Pfingsten eingeleitet werden, und das ist auch heute noch mein Standpunkt. (Nachdem bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen muß ich sagen, einen Reiz bietet eine Regierungsbildung für uns heute nicht. Seit der Revolution sind alle Regierungsbildungen im Reich und in Preußen durch einen außerpolitischen Druck erfolgt. Mir wird eine besondere Zuneigung zur Deutschen Volkspartei vorgezogen. Davon ist gar keine Rede. (Lärm und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Frage ist lediglich die, wie kommen wir allmählich in Deutschland zu einer stetigen Politik. Dazu kommen wir nicht, wenn die Opposition stärker ist oder genau so stark wie die Koalition. Wir müssen allmählich dahin kommen, daß die Parteien, die die Partei bilden, und die auf Weis und Weislich verantwortlich sind für unsere künftige Entwicklung, auch wirklich zusammenarbeiten in dem Willen; wir wollen arbeiten, wir wollen opfern, und wir wollen aufwärts. (Beifall.)

### Der Holländersaal in der Badischen Kunsthalle.

Mit der Eröffnung des neugeordneten Holländersaales in der Badischen Kunsthalle tritt ein neues Element zu den bisher fertiggestellten altdeutschen und italienischen Abteilungen. Handelt es sich dort — mit ganz wenigen Ausnahmen, besonders bei der minder wichtigen italienischen Abteilung — meist um Gemälde religiöser Stoffe, so geschieht dies meistens im Gewand des Mythologischen; das kaltenpredigende der altdeutschen Bilder fällt weg, der mittelalterliche Geist ist völlig verschwunden — es ist die aus Reformations- und Gegenreformation entwickelte Gesinnung des 17. Jahrhunderts, die in den Kunstwerken sich ausdrückt. Die feierliche Einfachheit und expressive Eingabe der altdeutschen Kunst hat dem Selbstbewußtsein und dem ins Detail dringenden Naturalismus Platz gemacht. Zugleich sind diese holländischen Bilder unter anderen soziologischen Umständen und mit anderen Zweckbestimmungen entstanden. Statt der Kapelle das Bürgerhaus, an Stelle der Kathedrale das herrschaftliche Schloß. Es ist natürliche Folge, daß solche Bilder musealtechnisch eine andere Art der Anordnung verlangen; die Isolierung der einzelnen Bilder von einander ist nicht im gleichen Maß notwendig. Eine dichtere Aufhängung wird möglich, ebenso eine Anordnung übereinander, soweit die Sichtbarkeit dies erlaubt; der in manchen Bildern in erster Linie dekorative Gehalt bestimmter Bilder macht sogar bei manchen Beispielen die Anbringung in Form von Supraporten möglich. Auch die Farbe der Wand muß organisch aus dem geistigen Gehalt der Bilder und der farbigen Umgebung die sich aus diesem ergibt, entwickelt werden; eine feierliche Abklärung wäre hier gänzlich unangebracht. In glücklichem Griff hat man ein starkes Rot gewählt, das durch den weiteren Zusatz von Braun eine wohlthuende Zurückhaltung, durch den weiteren Zusatz von Blau eine für die Bilder überaus günstige Neutralität und Sachlichkeit erhält. Durch diesen Anstrich hat der früher infolge des mangelhaften Oberlichtes fast rabenschwarze Saal in überraschender Weise an Helligkeit gewonnen, was angesichts der zu kleinen und schlecht konstruierten Lichtquelle fast wie ein Wunder erscheint.

Die Auswahl der für diesen Saal bestimmten Bilder geschah zunächst nach dem so wichtigen, oft unterschätzten Gesichtspunkt nach Formaten; also hauptsächlich die großen, repräsentativen Gemälde, bei denen trotzdem die Einbeziehung aller Gattungen der holländischen Malerei möglich wurde. Für die wertvollsten

Gemälde kleineren Formates sind Kabinette in der Art des schon fertiggestellten Italiener- oder Altdeutschen-Kabinetts vorgesehen; für diese Kabinette sind die besonderen Seltenheiten zurückzubehalten, wie etwa das wunderbare späte Selbstbildnis des Rembrandt, das trotz seines beträchtlichen Formates im Ensemble des großen Saales an Wirkung verloren hätte. Um jedoch auch in diesem großen Saal die holländische Feinmalerei zur Anschauung zu bringen, hat man in geschickter Verwertung der Gegenüberwirkung unmittelbar neben Gemälde größten Formates gerade einzelne Beispiele solcher ganz kleiner Bilder gehängt, die auf diese Weise wie isolierte Edelsteine besonders stark zur Geltung kommen.

Alle Bildgattungen der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts sind in vorzüglichen Beispielen zur Anschauung gebracht. Die große repräsentative herrliche Malerei jener Zeit, zeigt die große Tafel des Jordans „Moses schlägt Wasser aus dem Felsen“; der Vergleich mit irgend einem Bild der altdeutschen Abteilung läßt den Wesensunterschied dieser Malerei mit der altdeutschen Kunst mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erkennen; in ganz anderer Weise wendet sich die holländische Malerei der Wiedergabe des Körperlichen zu. Während in der altdeutschen Kunst die Körper Träger der religiösen Idee sind, wird in der Kunst des 17. Jahrhunderts das religiöse Motiv zur Gelegenheit körperlicher Darstellung. Werke von Kambouts, Martin de Vos (voll ebler Leidenschaft) und R. Lastmanns, des Lehrers Rembrandts, vervollständigen diese Bildgattung. Werke S. v. Valen, P. van Meulen, Cornelisz v. Saarlum und vor allem G. de Laireffe's mythologische Szene veranschaulicht den antiken Einfluß in der holländischen Malerei. Die Porträtmalerei wird in Bildnissen von J. v. Ceulen und Com. v. d. Voort zur Anschauung gebracht, das Gruppenporträt durch ein Familienbild von Rubens, die Gesellschaftsmalerei durch das geradezu feierlich rauschende Porträtpaar in voller Figur von der Hand des Barthol. v. d. Helst. Fonteyn und Bloemaert vertreten das gesellschaftliche Genre, Verhem, Bijnader und Bakhuizen das Landschafts- und Seestück. Ganz hervorragende Werke von Snyder, v. Kest, v. Gondercoeter und Beenig geben ein Bild der Gattung des Pflanzen- und Tierstüdes jener Zeit. Die Feinmalerei endlich wird repräsentiert durch 2 Belen malerischer Kultur von G. Dou und im Genrebild von Meiss, über dem der ganze Reiz der holländischen Atmosphäre sich ausbreitet.

Wie in der altdeutschen Abteilung, so hat man auch bei einer Reihe dieser holländischen Bilder durch Entfernung der späteren Übermalungen und durch Befestigung der allmählich entfallenen Schicht der ursprünglichen Zustand wieder hergestellt. Die Bilder sind dadurch heller und farbreicher

geworden, früher unsichtbare Farböne und Abstufungen werden jetzt erst wieder erkennbar. Und auch hier ist wahre Schatzgräberarbeit geleistet worden, wenn man sich erinnert, wie in der früheren, allzuüppigen Aufhängung, die Wirkung der meisten Bilder verloren gegangen war.

Die Neuordnung geht zwar in langsamen Stappen vor sich, jeder neue Saal bedeutet jedoch ein Ereignis und einen dauernden Gewinn für Stadt und Land. Es ist zu hoffen, daß das Werk, trotz des dauernden Mangels an Mitteln, von dem man mit Bedauern immer wieder in den amtlichen Notizen der Kunsthalle lesen muß, in diesem Geiste fortgesetzt wird. Dann wird der Ruf der Kunsthalle, die schon jetzt durch die bisher fertiggestellte Neuordnung weit über die Grenzen der Stadt und des Landes einen guten Klang besitzt, zugleich ein Dokument der eifrigen Kulturförderung des badischen Staates sein.

### Rezitationsabend Irene Triesch.

Ein Gastspielabend an unrer Bühne wäre uns wertvoller gewesen. Dort hätte sich Irene Triesch in dem ganzen Ausmaß ihrer großen Kunst entfalten können. Aber die Gastspiele großer Namen sind im Schauspiel eine Seltenheit geworden. So mußte man sich mit einem Rezitationsabend begnügen. Auch hier vermochte Irene Triesch einen tiefen Eindruck herbeizurufen, der nicht so bald verwischt sein wird. Die Bibel, Homer und Goethe gaben den Stoff, den sie frei vortrug, ihr geistig die sprachlich souverän beherrschend. Ihre meistens etwas verschleierte klingende Stimme ist ein gewaltiges Instrument, das sie zu überraschenden Wirkungen zwingt. Irene Triesch ist ein Künstlerin, die sich mit aller Inbrunst, mit aller geistigen und seelischen Energie in den Stoff verfenkt, den sie künstlerisch, regiativisch, dramatisch gestalten will. Alle Erquickungen des Schmerz und der Freude wühlt sie auf. Für alle Stimmungen und Gefühle hat sie ihre Farben von dem grauesten Ton seelischer Ohnmacht bis zum hellen Glanz der himmlischer Freuden. Sie entbindet Innigkeiten und Weichheiten, die wie flügelndes unsere Seele treffen, sie läßt Steigerungen aus, die uns erschüttern. Eine ungeheure Stärke des Geistes und Willens, die in diesem fast schmächtigen Körper wohnt, kann uns in den Kreis ihrer Gestalten, selbst wenn sie sich eine so umfangreiche Aufgabe stellt, wie einen Gesang, aus der Mas, wo die epische Breite eine besondere Gestaltungstechnik erfordert. Der Beifall des zahlreichen Publikums war stürmisch.

Hugo Koller.

### Der Stuttgarter „Kommunist“

Das Organ der Vereinigten kommunistischen Partei Württembergs samt Kopfblätter ist, nachdem sein Verhalten schon früher häufig zu gerichtlichen Einschreiten und Beschlagnahmen geführt hat, seit Anfang Mai in 13 Fällen wegen Aufforderung zum Hochverrat, Landesverrat, Beamteneinwirkung und Vergehen gegen das Pressegesetz, der gerichtlichen Beschlagnahme verfallen. Angesichts des offensichtlichen Einflusses der Redaktion und des Verlags, unbekümmert um die bestehenden Strafvorschriften und das Einschreiten der Behörden, wie unter Verletzung der Beschlagnahme durch Wiederabdruck von beanstandeten Artikeln das öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdende hoch- und landesverräterische Treiben fortzusetzen, hat das württembergische Staatsministerium unter No. Mai gemäß Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung verfügt:

1. Alle im Verlag der Buchdruckerei „Sozialdemokrat“ G. m. b. H. in Stuttgart erscheinenden Druckschriften werden auf die Dauer eines Monats vom Tage dieser Verfügung an unter Zensur gestellt.
2. Die Ausübung und Durchführung der Zensur wird der Stadtdirektion Stuttgart übertragen.
3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung und die Anordnungen der Stadtdirektion Stuttgart auf Grund dieser Verfügung werden mit Geldstrafe bis zu 15000 M. und mit Gefängnis oder einer dieser Strafen bestraft.
4. Die in Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmungen ausgehenden Druckschriften verfallen ohne Rücksicht auf ihren Inhalt der Beschlagnahme.

### Kurze polit. Nachrichten.

Ein Salzburger Demonstrationstag nach Bayern. Aus Salzburg wird gemeldet: Sonntag, den 5., fand ein Demonstrationstag der Salzburger über die reichsdeutsche Grenze nach Freilassung in Bayern statt. Es war die Parole ausgegeben worden, bei diesem Demonstrationstag seinen Paß und seinen Grenzübertrittsgewissheit mitzunehmen, um damit zu dokumentieren, daß es zwischen dem Deutschen Reich und dem Lande Salzburg auf Grund der Volksabstimmung keine Grenzbehindernisse mehr gibt. Mehr als 5000 Personen marschierten in geschlossenem Zuge in Begleitung von zwei Musikkapellen und unter Abführung nationaler Lieder über die Grenze. Der Gemeinderat von Freilassung begrüßte die Teilnehmer, worauf durch den Abgeordneten Pleslin und den Bürgermeister Preis von Salzburg Ansprachen gehalten wurden, in denen sie die Gründe der Anschlußbewegung darlegten und feststellten, daß die Salzburger ebenso wie die Tiroler auf Grund des Selbstbestimmungsrechts ihre Zugehörigkeit zu Deutschland ausgesprochen haben. — Die Demonstration verlief ohne die geringste Störung.

Anmeldung von ausländischen Aktiven österreichischer Staatsangehöriger. Das österreichische Bundesministerium für Äußeres hat angeordnet, daß die in Belgien, Italien und Griechenland und in Protektorkolonien, Kolonien oder Besetzungen dieser Staaten befindlichen Aktiven österreichischer Staatsangehöriger einschließlich juristischer Personen beim Abrechnungsamt I in Wien sofort anzumelden sind, falls der Entschädigungsanspruch nach Art. 249 lit. j. des Vertrags von Saint Germain nicht erlöschen soll.

Kein englisch-französisches Bündnis? Genfer Blätter melden aus London: Der Gedanke des französisch-englischen Bündnisses ist im Londoner Ministerrat in der Minderheit geblieben. Nur Curzon und Chamberlain sind entschieden für den Plan eingetreten. Das von ihnen vorgeschlagene Abkommen solle dahin gehen, daß England die Verpflichtung übernimmt, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffes zu unterstützen, während England dafür das Recht eines Einspruchs gegen eine französische Mißbesetzung sowie das Zusammenhalten Frankreichs mit England im Orient verlangen solle. — Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, in England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht. Die britische und die französische Politik seien heute radikal von einander verschieden.

Die Entlassung des französischen Jahrgangs 1919. Die Weereskommission im Senat hörte am Dienstag den Bericht des Kriegsministers Barthou. Er behauptete die Erklärung, die er kürzlich über die Entlassung des Jahrgangs 1919 gemacht hatte. Die Entlassung wird, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, bis Ende dieses Monats vorgenommen werden.

Eintritt in London. Wie die Londoner Blätter melden, wird Professor Einstein am Freitag mit Lloyd George und dem Erzbischof von Canterbury zusammentreffen und darauf eine Vorlesung halten, bei der Lord Balfour den Vorsitz führen wird.

### Verbesserungen u. Änderungen im Sommerfahrplan.

II.

b) Verbindungen von Baden nach Württemberg und Bayern. In Ansehung von den Holländer Zügen D 108/D 107 ist in Bruchsal eine unmittelbare Schnellzugsverbindung nach und von München, sowie Friedrichshafen—Lindau—Regenz—Innsbruck hergestellt worden. Außer den durchlaufenden Wagen Holland—München und dem Württ. Amsterdamer—Innsbruck laufen in beiden Richtungen auch durchlaufende Wagen Ludwigshafen—München, die in München zu- und abgestellt werden.

Die Verbindungen nach und von München—Friedrichshafen gestalten sich wie folgt:

Zug D 23:		Zug D 60:	
Bruchsal	ab 7.01 vorm.	München	ab 5.05 nachm.
Stuttgart	an 8.33 "		
Friedrichshafen	an 12.53 nachm.	Innsbruck	ab 10.05 vorm.
Lindau	an 1.25 "	Regenz	ab 1.25 nachm.
Regenz	an 2.45 "	Lindau	ab 4.28 "
Innsbruck	an 2.55 "	Friedrichshafen	ab 5.15 nachm.
München	an 1.30 nachm.	Stuttgart	ab 9.40 nachm.
		Bruchsal	an 11.09 "

Zum Anschluß an den Zug D 23 verkehrt von Karlsruhe ab der Zug D 223 Karlsruhe ab 6.30 vorm. nach Bruchsal. Die den Zug D 60 benutzenden Reisenden nach Karlsruhe fahren gleichfalls über Bruchsal und gehen daselbst auf den von Frankfurt kommenden Zug D 94 über.

Für Forzheim sind in beiden Fahrrichtungen Anschlüsse durch Personenzüge hergestellt.

2. Eine dritte Münchener Schnellzugsverbindung wird durch die Züge D 4/D 60 hergestellt und zwar:

Zug D 4: München ab 12.00, Mühlacker an 5.34 nachm.

Der Zugteil Richtung Heidelberg—Mannheim—Ludwigshafen—Frankfurt fährt ab Bruchsal unter der Nummer D 141 weiter und wird in Heidelberg getrennt.

Nicht am Mannheimer: Zug D 74: Heidelberg ab 6.53, Mannheim an 7.14 nachm.

Richtung Frankfurt: Zug D 141: Heidelberg ab 7.00, Frankfurt an 8.40 nachm.

Die Karlsruhe-Abteilung verläßt Mühlacker um 5.45 und trifft um 6.35 nachm. in Karlsruhe ein.

Zug D 69, gebildet aus den Münchener Wagen des Zuges D 94 von Frankfurt nebst einer Abteilung Saarbrücken—München, die in Heidelberg mit dem Zug D 39 eintrifft: Bruchsal ab 11.19 nachm., Stuttgart an 1.12 vorm., München an 6.40 vorm.

Der Flügelzug von Karlsruhe mit Anschluß von dem Zug D 107 von Basel verkehrt: Karlsruhe ab 10.55 nachm., Mühlacker an 12.05 nachm.

3. Von Stuttgart ab wird der Früh Schnellzug D 68 nach Mühlacker—Bruchsal und Forzheim—Karlsruhe wie folgt geführt: Stuttgart ab 6.00 vorm., Bruchsal an 7.45 vorm., Übergang der Wagen auf den Zug D 98 nach Frankfurt a. M.

Mühlacker ab 7.00, Karlsruhe an 7.50 vorm., Anschluß an den Zug D 108 nach Basel—Konstanz, Karlsruhe ab 7.55 vorm.

4. Eine weitere unmittelbare Morgenverbindung von Württemberg ist dadurch hergestellt worden, daß der um 10.28 vorm. in Mühlacker eintreffende Zug D 18 außer nach Bruchsal auch über Forzheim nach Karlsruhe fortgesetzt wird:

Mühlacker ab 10.38 vorm., Karlsruhe an 11.35 vorm.

5. Die Züge D 47/D 62 haben zwischen Karlsruhe und Mühlacker die Nummern D 117/D 118 erhalten. Sie führen außer den nur täglich verkehrenden Wagen nach Nürnberg—Regen—Bayreuth, die seit 1. Juni in beiden Fahrrichtungen über Stuttgart geführt werden, und der Abteilung nach München auch Kurswagen von Karlsruhe über Stuttgart—Nürnberg—Kof.—Leipzig nach Berlin und Dresden.

6. Von dem Zug D 52 München—Bruchsal—Saarbrücken werden durchlaufende Wagen München—Heidelberg—Frankfurt in Bruchsal auf den Zug D 159 und solche München—Dortmund in Graben-Neudorf auf den Zug D 269 übergeleitet.

7. Eine günstige Morgenverbindung von Freiburg nach Stuttgart wird durch den Zug D 85 vermittelt, der in Karlsruhe den Anschluß an den Zug D 59 erreicht (Zug D 85: Freiburg ab 6.40 vorm., Karlsruhe an 9.11, Zug D 59 ab 9.24 vormittags.)

#### f) Verbindungen mit Würzburg.

1. Die bisher schon zwischen Würzburg und Dresden verkehrenden Schnellzüge D 115/D 116 werden von und bis Saarbrücken geführt. Zug D 115: Mannheim ab 3.20, Würzburg an 7.40 nachm., Zug D 116: Würzburg ab 9.06 vorm., Mannheim an 1.14 nachm. Die Züge D 115/D 116 vermitteln gute durchgehende Verbindungen über Bamberg—Gof nach Nordbayerischen—Sachsen und umgekehrt. Der Zug D 115 nimmt in Heidelberg den Anschluß von dem Zug D 159 von Konstanz und Basel an 3.38 nachm. auf, der Zug D 116 erreicht in Heidelberg den Anschluß an den Zug D 156 ab 2.00 nachm. und stellt hierdurch günstige Verbindungen nach Basel sowie Konstanz her.

Die durch die Züge D 32/D 33 und D 37/D 38 vermittelten Berliner Verbindungen sind erhalten geblieben, jedoch hat der Zug D 37 eine spätere Lage erhalten; Mannheim ab 6.48 nachmittags, Heidelberg ab 7.20, Würzburg an 11.21 nachm. (Berlin an 9.17 vorm.). Reisende aus dem badischen Oberland oder vom Karlsruhe, die auf den Zug D 37 überzugehen beabsichtigen, erreichen die Stuttgarter Abteilung dieses Zuges in Wiesbaden unter Benutzung der Züge D 75/D 61 über Forzheim—Mühlacker (Zug D 61 Wiesbaden an 8.06, Zug D 37 ab 8.16 nachm.).

#### g) Verbindungen nach und von der Pfalz.

Außer den Dresdener Schnellzügen D 115, Saarbrücken ab 11.22 vorm., Kaiserslautern ab 1.26 nachm., Neustadt ab 2.10, Mannheim an 3.14 nachm., und D 116 Mannheim ab 1.23 nachm., Neustadt an 2.28, Kaiserslautern an 3.19, Saarbrücken an 5.31 nachm., werden die neuen Schnellzüge D 51/D 54 Saarbrücken—Mannheim über Zweibrücken—Ludwigshafen—Neustadt wie folgt geführt:

Zug D 51: Saarbrücken ab 5.55 vorm., Mannheim an 10.17 vorm. zum Anschluß an den Zug D 85 nach Hamburg und Berlin sowie an den Zug D 76 nach Basel.

Zug D 54: Mannheim ab 9.00 nachm., Saarbrücken an 1.28 vorm. im Anschluß von dem Zug D 86 von Hamburg und Berlin sowie von dem Zug D 76 von Basel. Ferner wird der von Saarbrücken um 6.20 nachm. abgehende Zug D 39 zum Zusammenschluß mit dem von Frankfurt kommenden D 94 nach Heidelberg fortgesetzt: Ludwigshafen ab 9.58, Heidelberg an 10.29 nachm.

#### h) Schwarzwaldbahn.

1. Die neuen Schnellzüge D 151/D 153 mit durchlaufenden Wagen Karlsruhe—Konstanz—Karlsruhe stellen im Anschluß von dem Zug D 108 und an den Zug D 107 gute Fernverbindungen von Holland, dem Rheinland sowie Nord- und Mittelbaden nach dem Bodensee und umgekehrt her.

Zug D 108/D 152: Mannheim ab 6.00 vorm. (über Heidelberg), Karlsruhe ab 7.55, Offenburg ab 9.35, Konstanz an 2.30 nachm.

Zug D 153/D 107: Konstanz ab 4.20 nachm., Offenburg an 9.01, Karlsruhe an 10.37, Mannheim an 12.22 vorm. (über Heidelberg).

2. Die Züge D 159/D 156 (seither D 175/D 176) vermitteln unmittelbare Schnellzugsverbindungen von Konstanz nach Frankfurt a. M. über Heidelberg. Reisende nach Mannheim und dem Rheinland gehen in Offenburg oder in Karlsruhe über den Zug D 159 auf den Basel—Dortmunder Zug D 269 über. Aus dem Rheinland oder von Mannheim kommende Reisende können zum Übergang auf den Zug D 156 in Karlsruhe oder in Offenburg den von Dortmund kommenden Zug D 270 benutzen.

3. Durchgangsverbindungen nach und von Berlin stellen die Züge D 137, Konstanz ab 2.50, Singen an 3.32 nachm., und D 138, Singen ab 11.35 vorm., Konstanz an 12.13 nachm., her, die einen durchlaufenden Wagen 2., 3. Klasse Konstanz—Stuttgart—Würzburg—Berlin führen, der nördlich von Singen mit den Zügen D 37/D 38 befördert wird. (Zug D 37 Berlin Ansh. Wf. an 9.17 vorm., Zug D 38 Berlin Ansh. Wf. ab 5.31 nachm.).

#### i) Strecke Basel—Singen (Konstanz).

Zur Abfürgung der Fahrtdauer sind neu eingelegt:

Kilzug 130: Basel ab 7.25 vorm., Singen an 11.30 vorm., zum Anschluß an den Zug D 136.

Kilzug 131: Singen ab 5.10, Basel an 8.44 nachm., im Anschluß von dem Zug D 153 von Konstanz.

Der Fernverkehr über Basel ist dadurch wesentlich erleichtert worden, daß nun die Durchgangstendenzen der Schnellzüge am Bad. Bahnhof Basel in den Jollhallen auf den Bahnhöfen, getrennt von den Reisenden nach und von Basel Ort abgefertigt werden. Die nach und von der inneren Schweiz sowie Italien reisenden Personen brauchen sich daher nicht mehr nach dem Erdgeschoss des Aufnahmegebäudes zu begeben, sondern können nach der Annahme der Paß- und Jollkontrolle unmittelbar wieder in den zur Erleichterung des Durchgangsverkehrs in erheblichem Umfang vorgesehenen Wagen, die nach der inneren Schweiz oder über den Gotthard nach Mailand und Genua sowie umgekehrt geführt werden, Platz nehmen.

Außer den Verbesserungen im Schnellzugsverkehr sind auch im Fahrplan der Personenzüge zum Teil erhebliche Änderungen eingetreten. Auf einer Anzahl Strecken sind zur Abfürgung bestehender Lücken weitere Züge eingelegt worden.

### Badische Übersicht.

#### Badischer Landtag.

DZ. In der vorgestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses, die einen vertraulichen Charakter hatte, gab Finanzminister Köhler eine umfassende Darstellung der in Aussicht genommenen Steuerpläne der Reichsregierung auf Grund der Besprechungen, die in der letzten Woche zwischen dem Reichsfinanzler und den Finanzministern der einzelnen Länder stattgefunden haben. An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine größere Aussprache an, in welcher die einzelnen Parteien sich über die Absichten der Reichsregierung im einzelnen äußerten.

DZ. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat in seiner Sitzung am Mittwoch den Gesetzentwurf über den Verleih mit Grundstücken mit 15 Stimmen (6 Soz., 5 Demokraten und 4 Zentrumsmitglieder) gegen 3 Zentrumsstimmen und unter Stimmenthaltung des deutsch-nationalen Vertreters angenommen.

#### Tagung der mittl. Verwaltungsbeamten.

DZ. Die 20. Hauptversammlung des Vereins mittlerer badischer Verwaltungsbeamter fand in den letzten Tagen hier in Karlsruhe statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Vorschlag der Beförderungsreform und die Ausbildung und die weitere Selbständigmachung der mittleren Verwaltungsbeamten. Zwei Resolutionen wurden angenommen, eine an den badischen Landtag, in der gegen die jetzige als ungerecht bezeichnete Verteilung der Vorrückungstellen zwischen den mittleren Verwaltungsbeamten und den Revisionsbeamten protestiert und die gleiche Behandlung gefordert wird, wie sie allen mittleren Beamten zuzubilligen ist, eine andere an das Ministerium des Innern, die eine baldige Ordnung der Ausbildungsfrage verlangt. Die Zentralleitung wurde ermächtigt, falls in der Beförderungsfrage durch die Petition an den Landtag kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden sollte, zu den nach Sachlage gebotenen außerordentlichen Maßnahmen zu greifen.

Im Anschluß an die Sitzung fand eine gemeinschaftliche Versammlung der mittleren Justiz- und Verwaltungsbeamten statt, in der die Gründung des Verbandes der Obersekretäre beschlossen wurde. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Oberjustizsekretär Ott-Durlach zum Vorsitzenden, Oberverwaltungssekretär Bauer-Karlsruhe zum Schriftführer, Oberjustizsekretär Wolf-Strieberg und Oberverwaltungssekretär Neff-Karlsruhe zu Beisitzern.

#### Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Der Badische Beamtenbund wird am 11. und 12. Juni in Karlsruhe im großen Rathausaal seine vierte Vertreterversammlung abhalten.

#### Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Für die bevorstehende Aufführung des „Ring des Nibelungen“ (18., 19., 22. und 26. Juni) ist eine besondere Preisermäßigung durch Zulassung der Vorzugskarten vorgesehen. Die Inhaber der Vorzugskartenbesitz haben den Vorzug bei der Lösung der Karten am Freitag.

### Badische Gemeindeschau.

DZ. Anielingen (Amt Karlsruhe), 8. Juni. Der Posten eines Bürgermeisters unserer Gemeinde war kürzlich zur Bewerbung öffentlich ausgeschrieben worden, worauf sich 28 Kandidaten meldeten. Nunmehr haben sich die Mehrheitsparteien mit überwiegender Stimmenmehrheit für den Oberreferendar Doerr beim Ministerium des Innern als Bürgermeisterkandidaten entschieden. Der Wund der Landwirte hat außer dem seitherigen provisorischen Bürgermeister Hauser noch ein anderes Parteimitglied, den Kirchenfeuererheber Kiefer, für die Wahl in Aussicht genommen.

DZ. Waldorf (Amt Wiesloch). Von der Fortbildungsschule. Der Bürgerausschuß nahm gestern das Ortsstatut für die gewerbliche Fortbildungsschule an und stellte den Antrag, daß an der hiesigen Gewerbechule ein hauptamtlich tätiger Gewerbelehrer angestellt werde, der als Wanderlehrer auch die Fortbildungsschule in Langenbrunn und Reimen besuchen soll. Dieser Beschluß war schon 1914 gefaßt worden, aber infolge des Krieges liegen geblieben. Die beiden Gemeinden hatten damals bereits ihre Zustimmung erteilt. Der Gemeinderat stimmte dem Antrag zu und wird sich dieserhalb mit der beiden Gemeinden wieder in Verbindung setzen. — Der Bürgerausschuß bewilligte ferner eine Kapitalaufnahme in Höhe von 400 000 M. zur Erstellung von zwei Doppelwohnhäusern.

### Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen reaktionellen Teil abgeordneten Reichsbeachtenswerten Darlegungen und Anregungen aus allen Parteikreisen, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bezieht sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

### Der Einnachzucker.

Aus Interessentenkreisen wird uns geschrieben: Der gegenwärtig zur Verteilung gelangende Einnachzucker wird in Platten ausgegeben und ist derartig schwer verpackt, daß auf das Kilogramm Zucker reichlich 40 Gramm für die Verpackung in Anrechnung kommen. Es ist selbstverständlich, daß das Publikum, das für sein gutes Geld bei einem Preis von 4 M. pro Pfund auch tatsächlich Zucker und nicht Papier und Schnur einkaufen will, gegen diese Art der Verpackung protestiert und Schwierigkeiten bei der Annahme des Zuckers macht. Leider richtet das Publikum dabei aber seine Vorwürfe gegen die unrichtige Stelle, denn der Einzelhändler, der all die Proteste und Scheltworte zu hören bekommt, kann für diese Art der Verpackung absolut gar nichts. Er muß den Zucker so nehmen, wie er ihn von den Fabrikanten geliefert bekommt und hat nur einen sehr geringen Gewinn daran. Anders liegt die Sache bei den Fabrikanten, die sehr wohl in der Lage gewesen wären, den Zucker, wie das früher immer üblich war, in Säcken auszugeben, wodurch dann dem Publikum die Ginnahme von 30 bis 40 Gramm Papier und Schnur pro Kilogramm erspart geblieben wäre. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß die Fabrikanten bei dieser Art der Verpackung, die sie jetzt gewählt haben, für sich noch einen extra Vorteil herauswirtschaften wollten, der angesichts der enormen Verdienste, welche die Zuckerfabriken einstreichen, wahrlich nicht notwendig gewesen wäre. Das Publikum möge also seine Entrüstung allein dieser Stelle zuwenden und nicht den Einzelhändler verantwortlich machen, der im Interesse seiner Kunden selbst eine andere Verpackung dringend gewünscht hätte.

# Beiträge zur Schuldfrage.

Von Chefredakteur A. Becker-Baldorf.

Wenn die Bedeutung und der machtvolle Einfluß der Presse im öffentlichen Leben der Völker noch ein Beweis bedürft hätte, die dieser Begründen Ursachen des Weltkrieges hätten ihn verlohrt erbracht. Wer heute, wie vor dem Ausbruch des Weltkrieges, die Presse in seiner Macht hat, der kann die Völker noch aufwärts führen, kann sie begeistern für alles Wahre, Gute und Schöne, der kann sie hinabstoßen in den Abgrund der Lüge und Verirrung, der kann Zeugnis geben für Wahrheit und Gerechtigkeit, kann Wahrheit und Gerechtigkeit verdächtigen, kann das Gute schlecht, das Schlechte gut nennen, kann Wahrheit, Lüge und Lüge Wahrheit nennen, kann das Licht für Finsternis, Finsternis für Licht ausgeben, kann Völker verführen, Liebe hien, kann sie mit Feind entfammen, und sie im Krieg und — wie wir es heute sehen — auch nach dem Krieges noch zu Tode führen.

So sah aus dem Meer ein Tier aufsteigen, das hatte sieben Köpfe und zehn Hörner, auf seinen Hörnern 10 Kronen und auf seinen Köpfen Namen der Lächerung. Und sein Mund war wie ein Löwenmaul und es ward ihm Macht gegeben, große Dinge und Lächerungen auszusprechen; auch ward ihm gegeben, Krieg zu führen, auch ward ihm Macht gegeben, über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen — und alle Bewohner der Erde beherrschen es an!

Dieses Tier der Apokalypse, das der Apokalypse im Geiste sah, hatten wir es nicht in Wirklichkeit vor Augen in der Verschönerung der Weltanschauung gegen unser Dasein? Können wir nicht die sieben Köpfe, die sie inspirierten, die zehn Hörner, die sie trugen, die Lächerungen auf ihrer Stirne? Können wir nicht das Löwenmaul, das große Dinge sprach und Lächerungen aussprach und noch aussprach? Und haben wir nicht, wie es Macht hatte über alle Nationen und wie ihm die Macht gegeben war, Krieg zu führen bis zum Weltkriege? Der Prophet Jaias spricht im 30. Kapitel von „einem Baum der Lüge im Kinndachen der Völker.“ Diesen Baum der Lüge hatte die feindliche Propaganda der Völker allmählich angelegt. Und als der rechte Moment gekommen, da griffen Bismarck, Beth, Sonnino und Samminio in die Hände und die Völker führten empor, sich und furchtbar, von den Schwärzen Arabas bis zu den Gärten Judäas, vom Palmarer bis Kanaan, von Kanaan bis Westindien begann die wilde Jagd, ein wildes Kriegespiel in allen Sprachen der Menschheit: Deutschland und Österreich sind die Feinde! Auf zur Rache, die Menschheit, die Kultur und Zivilisation ist bedroht in ihrem Bestand. Und niemals hat die Welt der Geister eine solche Herrschaft über sich erfahren, niemals ist eine gleiche Weisheit vor sich gegangen.

Im Karften hat sich die schrankenlose Macht der Presse bis auf den heutigen Tag in England gezeigt. Dort ist ein Wagnis der Presse, der es ausgezeichnet verstand, seine Hände grausam und gewissenlos in das Herz ganzer Völker zu schlagen und Willen und Geist der breitesten Volksschichten mit einem Übermaß von Gift zu impfen, daß daraus die blutige Saat des Weltkrieges notwendig erwachsen mußte. Nachschiffe ist der Name dieses eigenartigen Mannes und Emporkömmlings, der eine solch dämonische Macht auszuüben verstand. Nebenbei ist er auch Koch in der Hauptküche aber Herausgeber der „Times“, Mitinhaber der „Daily Mail“ und Sprachrohr fast der gesamten englischen Presse. Kennen des modernen England wußten schon seit Jahren vor dem Krieg, daß Lord Northcliffe sich und systematisch an der Ausbreitung und Verlesung des deutsch-englischen Gegenstandes im Dienste der englischen Hochfinanz gearbeitet hat und in englischen Kreisen ist es zur Genüge bekannt, daß er, um einen Krieg unvermeidlich zu machen, Beziehungen zur russischen Presse hatte vor dem Krieg aufknüpfte und dadurch diese verpflichtet, ihr Feind gegen Deutschland zu haben. Die Anfänge dieses englisch-russischen Pressefeldzuges

gegen Deutschland liegen heute mehr als 15 Jahre zurück. Lord Northcliffe begab sich damals selbst nach Petersburg, um mit dem alten Summinio, dem Herausgeber der „Kowowe Wremja“ Fühlung zu nehmen. Wie groß die suggestiven Kräfte dieses unheimlichen Mannes gewesen sein muß geht daraus hervor, daß er nicht allein mit Summinio einen Vertrag schloß, sondern, demzufolge beide Zeitungen sich verpflichteten, zu einer ganzen Reihe von internationalen Reagen die gleiche (d. h. vom englischen Standpunkt aus) Stellung zu nehmen, sondern auch erreichte, daß der im Jahre 1904 aus Petersburg ausgewiesene englische Korrespondent der „Times“ wieder in Gnaden aufgenommen wurde. Seit jener Zeit bestanden zwischen den „Times“ und der „Kowowe Wremja“ ein harmonisches Hand-in-Hand Arbeiten. Die engen Beziehungen wurden durch die Korrespondenten der beiden Blätter in Petersburg und London noch weiter ausgebaut und es dauerte nicht lange, da war das Haus des Londoner Korrespondenten der „Kowowe Wremja“ ein Treffpunkt der englischen Staatsmänner, Politiker und Diplomaten und ein Nest ausländischer Intrigen. Und der Korrespondent der „Times“ in Petersburg spielte eine ähnliche Rolle.

(Fortsetzung folgt.)

## Badische Zeitungsstimmen.

Zur Zeit der für die badischen Zeitungsstimmen übernahm die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen sind dem Zweck der Unterhaltung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Meinungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

### Die „Partei der Fachmänner“ gegen den Fachmann.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Sollfreund“: „Bekanntlich war es die „Deutschliberale Volkspartei“ die lange Zeit nach einer Regierung von Fachmännern schrie, bis sie dann, nachdem sie selbst mit ihren deutschliberalen Fachmännern ein Jahr lang die Regierung geführt hatte, mit dem Londoner Ultimatum den Bankrott des eigenen Fachmänner-Kollektivs anzeigte. Nun hat aber, und zwar mit Recht, auch die neue Reichsregierung Wirth es nicht unterlassen, an geeignete Stellen Fachmänner — allerdings mit weitem Gehaltsmaß als die Herren von Stresemann — zu platzieren, wobei sie das Wiederaufbauministerium Herrn Dr. Walter Rathenau anbot, der dann auch annahm. Eigentlich müßten nun die Vertreter des Fachmänner-Systems sehr froh sein. Denn Herr Walter Rathenau ist als Präsident der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Leiter des größten industriellen Unternehmens in Deutschland, müßte Fachmann par excellence. Nun ist aber Herr Rathenau daneben noch ein erfolgreicher sozialistischer Schriftsteller, der in seinen Schriften gewisse sozialistische Auffassungen eigenen Gepräges vertritt, die auf eine bestimmte Planmäßigkeit in der Wirtschaft hinauslaufen. Dieser soziale Zug in Rathenau, der zudem überlegener Demokrat und Anhänger des Versöhnungsgebildens ist, ist nun Grund genug, daß die sozialdemokratische Presse die Berufung des Herrn Rathenau mit allerhand Unterzügen begleitet. Kein Wunder, daß hierbei auch die sozialistische „Badische Post“ nicht fehlen darf und scharfe Mißtrauensäußerungen ausspricht. Allzu tragisch braucht man dies jedoch nicht zu nehmen. Denn noch dem Zusammenbruch der Regierung Schulerbach, in der die Liberale Volkspartei einen maßgebenden Einfluß hatte, haben die alldeutschen liberalen Herren alle Ursache, ruhig zu sein, nachdem sie nur zu sehr bewiesen haben, daß sie Deutschland wohl ins Unglück stürzen konnten, jedoch nicht die Kraft und die Fähigkeit hatten, es wieder herauszuführen.“

### „Interessante Feststellungen.“

Unter dieser Überschrift schreibt der „Badische Beobachter“ u. a.: „Die Schaffung einer großen gemeinsamen Front von Stresemann bis Stresemann ist sicherlich ein erstrebenswertes Ziel. Doch auch hier scheinen die Worte zu gelten, die auch

sonst in der deutschen Politik der letzten Jahre eine so verhängnisvolle Rolle gespielt haben: zu spät! Daß das Zentrum sein Möglichstes getan hat, um der großen Koalition zur Aufrechterhaltung zu verhelfen, geht aus Mitteilungen hervor, die sich in Nummer 144 der „Frankfurter Nachrichten“ befinden und offenbar von einem Kenner der Verhältnisse stammen, er schreibt: „Es ist in der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt geworden, muß aber jetzt angesichts der künftigen Missionen einmal gesagt werden, daß Reichstagspräsident Dr. Wirth bei der Bildung seiner Regierung beabsichtigt hatte, auch ein Mitglied der liberalen Volkspartei in sein Kabinett aufzunehmen. Er hat, wie zuverlässig berichtet wird, auch mit einem führenden Herrn, der dem Kabinett Gehlenbach angehört und dem Ultimatum zugestimmt hat, verhandelt. Dieser soll auch unter der Voraussetzung, daß seine Fraktion zustimmt, bereit gewesen sein, in ein Kabinett Wirth einzutreten. Daß die Sozialdemokratie in jener Stunde Spannung und Unzufriedenheit die Zusammenarbeit mit einem Deutsch-Liberalen dieser Art nicht abgelehnt haben würde, ist für uns ganz klar. Die große Linie wäre also alsbald gestellt, zum mindesten aber wäre ein Anfang geschaffen gewesen. Doch die deutsch-liberale Fraktion wollte nicht, sie lehnte es strikte ab, einem ihrer Mitglieder den Eintritt in ein Kabinett Wirth zu gestatten.“

Das sind sicherlich interessante Feststellungen. Nach unserer Kenntnis der Dinge handelt es sich dabei um den der liberalen Volkspartei angehörigen Reichstagsminister Dr. Geinke. Dieser war absofort bereit, in ein Kabinett Dr. Wirth einzutreten. Die Schuld also, daß die große Koalition von der Sozialdemokratie bis zu deutschen Volkspartei nicht zustande kam, trifft nicht das Zentrum und seine Führer, sondern die Politik der deutschen Volkspartei, die die Größe und Bedeutung der Stunde durch Ermüdung parteipolitischer Art zerstörte. Jetzt ist es außerordentlich viel schwieriger, das nachzuholen, was damals verfehlt worden ist.“

## Literarische Neuerscheinungen.

Zivilprozessordnung nebst dem Gerichtsverfassungsgesetz und dem Einführungsgegesetz, dem Aufschlagsgesetz und dem einschlägigen Kriegs- und Nachkriegsgegesetz mit Vorwort und alphabetischem Sachregister herausgegeben von Dr. Erich Soltau, Ministerialrat im Reichsjustizministerium. Sammlung deutscher Gesetze. Band 63. Verlag J. Neumann, Neudamm, Berlin, Leipzig, 1921. 21.— M.

Strafprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz in der vom 30. April 1921 ab geltenden Fassung mit dem Nebengesetz mit Vorwort und alphabetischem Sachregister herausgegeben von Dr. Wilhelm Kiesel, Ministerialrat im Reichsjustizministerium. Sammlung deutscher Gesetze. Band 64. Verlag J. Neumann, Neudamm, Berlin, Leipzig, 1921. 15.— M.

Mit dem 1. April 1921 tritt das Gesetz zur Entlastung der Gerichte (Entlastungsnovelle) vom 11. März 1921 in Kraft. Es gestaltet das Gerichtsverfassungsgesetz sowie das Verfahren in Zivil- und in Strafprozessen in vielen Beziehungen durchgreifend um. Diese drei Justizgesetze waren auch schon während des Krieges und in der Folgezeit durch einzelne Sondergesetze geändert und beeinflusst worden. Es ist für den Praktiker, wie für den Rechtsstudenten notwendig, diese grundlegenden Verfahrensregeln in der nunmehr geltenden Fassung in einer handlichen Ausgabe zur Verfügung zu haben. Diesen Bedürfnis kommen die von den Ministerialräten Dr. Soltau und Dr. Kiesel bearbeiteten Ausgaben in vollendeter Weise entgegen. Beide Herren sind als Referenten des Ministeriums bei der Ausarbeitung der Novelle und in allen Entwurfsabschnitten des neuen Gesetzes amtiert tätig gewesen. Die nunmehr vorliegenden Ausgaben der Verfahrensregeln werden auf ihrem Gerichtsstande, sowie auf ihrem Arbeitsstande des Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts, Syndikus, Referendare und Rechtsstudenten sehr nützlich sein. Die vielfach gestreuten Neben- und Ergänzungsgesetze sind teils in dem Text an den zutreffenden Stellen teils im Anhang eingefügt.

## Amtliche Bekanntmachung.

**Tagesordnung**  
zu der am  
Dienstag, den 14. Juni 1921, vormittags 8 Uhr,  
im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden  
**Bezirksratssitzung.**  
Öffentliche Sitzung.  
Verwaltungssachen:  
1. Besuch der Fr. Wäldt Ww. in Graben um Erlaubnis zum Ausschank alkoholischer Getränke auf dem Sportplatz des Fußball- und Sportvereins Graben.  
2. Festsetzung der Haus- und Straßenschilder an der Englerstraße und Hinkel.  
3. Dienstaufsichtliche Untersuchung gegen einen Gemeinbedienten.  
Die Akten liegen drei Tage vor dem Sitzungstage auf der Kanzlei des Bezirksrats zur Einsichtnahme auf.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921. Z. 663  
Hob. Bezirksamt. I. D. 3. 91

Freitag, den 10. Juni:  
**Landestheater.**  
**Die tote Stadt**  
7 bis geg. 10 Uhr. 17 Mk.  
**Konzerthaus.**  
**Volksbühne Q 2**  
**Der Biberpelz**  
7 bis 1/2 10 Uhr.

Im Landestheater. Sa. II. \*. Russischer Komödienabend: Die Spieler. Die Kalisen der Seele. Der Heiratsantrag. 7. (12.00) — So. 12. \*. Meister Guido. 6. (20.00) — Di. \*. Uraufführung: Walpurgisnacht. Ein Vorspiel und drei Aufzüge. Dichtung und Musik von Max Steidel. 7. (17.00). — Mi. 15. \*. Volksbühne. Q. 4. Der Wildschütz. 7. (17.00). — Do. 16. \*. Zum erstenmal Ernst. (Bumbury.) Eine triviale Komödie für seriöse Leute von Oskar Wilde. Nach der Uebersetzung von Franz Blei, in 3 Akten für die Bühne bearbeitet von Karl Zeitl. 7. (12.00). — Fr. 17. \*. Zur Vorfeier der ersten Aufführung vor 100 Jahren. Der Freischütz. 7/8. (17.00) — Sa. 18. \*. Der Ring des Nibelungen. Vorabend. Das Rheingold. 7. (17.00) — So. 19. \*. Erster Tag. Die Walküre. 5. (20.00) — Mi. 22. \*. Zweiter Tag. Siegfried. 3. (17.00) — Do. 23. \*. Volksbühne. Q. 5. Der Wildschütz. 7. (17.00) — So. 26. \*. Dritter Tag. Götterdämmerung. 4. (20.00).

Im Konzerthaus. Di. 14. Volksbühne Q. 3. Der Biberpelz. 7. — Fr. 17. Volksbühne. Q. 4. Der Biberpelz. 7.  
Umtausch der Vorzugskarten für die vier Ringvorstellungen zusammen am Freitag, den 10. vormittags 1/10-1 Uhr und nachm. 1/10-5 Uhr, für einzelne Tage des Spielplans am Samstag, den 11. nachm. 1/5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 13. an.

Kunsthandlung und Malerfabrik. 3992  
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwisch. Wald- u. Karlstr.  
**E. Büchle Wandbilderschmuck**  
— Inh.: W. Bertsch — Bildereinrahmungen

**Smith - Premier - Schreibmaschinen.**  
Sichtbare Schrift, Rejumatik, neuest. Modell, verkauft mit Garantiechein.  
Sandelwissenschaftl. Verlag,  
Stuttgart, Paulinenstraße 37 L.

**Geldentwertung und Grundrente**  
Grundrätliches zur Behandlung der Staatsfinanzen und der Wohnkultur  
Das Kleinrentenproblem  
Von  
**Wag Grande**  
Ingenieur, Mannheim  
Preis 5 Mark

Wichtig für jeden Haus- und Grundbesitzer  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,**  
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 14

**Rechtsrat oder 2. Bürgermeister.**  
Bei der Stadt Lörrach ist die Stelle eines Rechtsrates eventuell zweiten Bürgermeisters zu besetzen. Der Bewerber soll gleichzeitig den Vorsitz des Schlichtungsausschusses für die Kreise Lörrach und Waldsloh übernehmen, also die beiden juristischen Prüfungen bestanden haben. Gehalt nach Gehaltsklasse XI mit den staatlichen Orts- und Leberungszulagen. Ferner sind mit der Stelle die besonderen Bezüge des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses verbunden. Anrechnung auswärtiger Bezüge bleibt vorbehalten. **1. 300** Bewerber werden gebeten, bis spätestens 15. Juni d. J. ihre Bewerbung mit Zeugnissen und Lebenslauf bei uns einzureichen.  
Bürgermeisteramt Lörrach.

**Karlsruher Lebensversicherung**  
auf Gegenseitigkeit  
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.  
Die Mitglieder der Anstalt werden zu der am  
**Donnerstag, den 30. Juni d. J.,**  
nachmittags 5 Uhr, im Anstaltsgebäude zu  
Karlsruhe stattfindenden  
**ordentlichen Mitgliederversammlung**  
ergebend eingeladen.

Tagesordnung:  
1. Abnahme des Rechenschaftsberichts für 1920.  
2. Erneuerungen u. Ersatzwahlen zum Ausschuss.  
Wegen der Anmeldung zur Mitgliederversammlung und der Teilnahme an den Wahlen verweisen wir auf die §§ 12 und 16 der Satzung.  
Karlsruhe, den 9. Juni 1921.  
Der Vorstand: Kimmig.

**Erstklassige Leistungsfähige Parfümerie-fabrik Süddeutsche-lands** sucht energischen, zielbewußten  
**Vertreter**  
für Karlsruhe und Umgebung.  
Gefällige Angebote unter N. 347 an die Expedition d. Karlsruh. Zeitung.

vor dem unterzeichneten Bericht anberaumten Aufgabeterminen zu melden, widrigenfalls die Todeserklärungen erfolgen werden. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Vermissten zu erteilen vermögen, ersucht die Aufforderung, spätestens im Aufgabetermin dem Bericht Angelegenheiten zu melden.  
Leidens, 26. Mai 1921.  
Amtsgericht 11.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
u. Strafrechtliche Gerichtsbarkeit.  
Aufgebot.  
2. 655.2 Erbverf. Der Abwesendheitspfleger, Schuldenverwalter, Gutsverwalter in Schwanau hat beantragt, den verstorbenen, am 20. September 1865 in Schwanau geborenen **Konrad Nienker**, zuletzt wohnhaft in Munggen bei Chicago, für tot zu erklären.  
Der bezeichnete Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, den 14. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr,

**Bruchhoff & Gremmels**  
G. m. b. H.  
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Als Liquidator fungiert die Gläubiger auf sich zu melden.  
Karlsruhe, 31. Mai 1921.  
J. Bruchhoff.

Das Geschäft wird wie bisher, jedoch als Einzelstern Bruchhoff & Gremmels weitergeführt. E. 624.3.2.2  
Inhaber: J. Bruchhoff.

**Holzversteigerung**  
des Staats Forstamtes Heidelberg am Montag, den 13. Juni 1921, vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zum „Storch“ in Biegelhausen: 1. 664 410 Stck Eichenholz, 1100 Stck Buchenholz, 200 Stck Kieferholz, 200 Stck Lärchenholz IV.-VI. M. und 2 Lärchenstämme IV. M. aus den Domänenabteilungen bei Biegelhausen.

Wir vergeben nach Maßgabe der Finanzministerialverfügung vom 3. Januar 1907 die Lieferung von a) rund 70 cbm und mehrgliedrig, b) 230 und mehrgliedrig, c) 230 cbm Schichtbockholzflecken aus Sonntau oder weissenbühlener Besten Sonntau, Bedingungen und Angebotsformulare liegen bei uns auf; kein Verkauf nach auswärts. Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen **11** Montag, den 20. Juni 1921, vormittags 8 Uhr, bei uns einzureichen. Preisangabe 5 Tage, 1. 664 410  
Biegelhausen, 7. Juni 1921.  
Fahnenbäume.

Wir vergeben nach Maßgabe der Finanzministerialverfügung vom 3. Januar 1907 die Lieferung von a) rund 70 cbm und mehrgliedrig, b) 230 und mehrgliedrig, c) 230 cbm Schichtbockholzflecken aus Sonntau oder weissenbühlener Besten Sonntau, Bedingungen und Angebotsformulare liegen bei uns auf; kein Verkauf nach auswärts. Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen **11** Montag, den 20. Juni 1921, vormittags 8 Uhr, bei uns einzureichen. Preisangabe 5 Tage, 1. 664 410  
Biegelhausen, 7. Juni 1921.  
Fahnenbäume.